

Senatsbeschlüsse

über die 139. Sitzung des Senats

am 23.01.2018, 11:15 Uhr

- 3403.) "Melderegisterauskünfte der Stadt Bremen"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - S 01)
(Vorlage 1828/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1828/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3404.) "Nach dem Freimarkt ist vor der Osterwiese"
(Anfrage der Fraktion der SPD - S 03)
(Vorlage 1849/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1849/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der der Antwort auf die Fragen 1 bis 3, zweiter Absatz, erster Satz werden nach dem Wort „Sachverständigen“ die Worte „, in denen auch die Schiebetüren Gegenstand seiner Untersuchungen waren“ eingefügt.

- 3405.) "Barrierefreie Spielangebote – ein Bestandteil des Spielraumförderkonzeptes"
(Anfrage der Fraktion der SPD - S 04)
(Vorlage 1834/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 19.01.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 19. Januar 2018 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3406.) "Focke-Wulf-Windkanal"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - S 05)
(Vorlage 1824/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1824/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3407.) "Krebsregister für Feuerwehrleute"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 06)
(Vorlage 1827/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1827/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3408.) "Frei.Wild-Konzert am 13. April 2018 in der Stadthalle"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - S 08)
(Vorlage 1840/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 18.01.2018 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 23.01.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 23. Januar 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3409.) "Park+Ride-Anlage in St. Magnus zeitgemäß?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 09)
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 18.01.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 18. Januar 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3410.) "Winterspielplätze"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 10)
(Tischvorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 15.01.2018 und Neufassung der Vorlage der der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 22.01.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 22. Januar 2018 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3411.) "Parkplatzchaos am Unisee?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 12)
(Tischvorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration
und Sport vom 19.01.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 19. Januar 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 3412.) "Straftaten in Flüchtlingsheimen"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - L 01)
(Vorlage 1838/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „D. Finanzielle/Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung“ im zweiten Satz nach dem Wort „Opfer“ die Worte „und die Täter“ eingefügt werden.
2. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1838/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 1 wird im ersten Satz vor dem Wort „Daten“ das Wort „die“ ersatzlos gestrichen.

- 3413.) "Sanierungsbedarf der Straßenbrücken im Land Bremen"
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 04)
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 22.01.2018
und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom
23.01.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 23. Januar 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3414.) "Aufhängung AfD-feindlicher Banner an öffentlichen Gebäuden"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 05)
(Vorlage 1831/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1831/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 2 erhält der dritte Satz zu Beginn folgende Fassung:

„Der Senat sieht auch zukünftig...“

- 3415.) "Gezieltes Werben um Lehrerinnen und Lehrer für den Schuldienst in Bremen und Bremerhaven?"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - L 06)
(Tischvorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 19.01.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 19. Januar 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Fragestunde der Bürgerschaft
(Landtag) zu.

- 3416.) "Wie geht es weiter mit der Wasserschutzpolizei Bremen?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 07)
(Vorlage 1829/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1829/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3417.) "Werden noch Wirtschaftsstrafsachen am Bremer Landgericht verhandelt?"
(Anfrage der Fraktion der CDU - L 08)
(Vorlage 1830/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1830/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3418.) "Bitcoins – leeres Kapital bei Vermögensabschöpfung?"
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 09)
(Vorlage 1822/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1822/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3419.) "Sachbeschädigung im Haus des Justizsenators"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - L 10)
(Vorlage 1832/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft,
Arbeit und Häfen vom 17.01.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft,
Arbeit und Häfen vom 17. Januar 2018 der mündlichen Antwort auf die
Anfrage der Gruppe Bürger in Wut in der Fragestunde der Bürgerschaft
(Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Die Antwort auf Frage 3 erhält folgende Fassung:

„Aus der Beantwortung der Frage 1 ergibt sich, dass der Sachverhalt nicht
als Dienstvergehen zu bewerten war. Als Folge war kein Disziplinarverfahren
einzuleiten. Von einem Strafantrag wurde abgesehen, da der Schaden durch
den Verursacher beglichen wurde.“

- 3420.) "Flüchtlinge in Ausbildung"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 11)
(Vorlage 1833/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „F. Öffentlichkeitsarbeit...“ der erste Satz
durch folgenden Satz ersetzt wird:

„Die Antwort ist zur Veröffentlichung geeignet“

2. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1833/19 der mündlichen
Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) in der

Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 1 wird vor dem Wort „Darüber“ eingefügt:

„Seit 2015 erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim AFZ neben der finanziellen Förderung durch die Agentur für Arbeit und das Jobcenter aus Landesmitteln speziellen Sachunterricht und organisatorische Unterstützung. Plätze mit Beginn 2015: 25, Plätze mit Beginn 2016: 50 und Plätze mit Beginn 2017: 100.“

3421.) "Warum müssen Geflüchtete trotz Leerstand im Zelt leben?"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 12)
(Vorlage 1842/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1842/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Die Antwort auf Frage 3 erhält folgende Fassung:

„Die Bewohner der Gottlieb-Daimler-Straße unterliegen nicht der Schulpflicht.“

- 3422.) "Erstattungsforderungen an Flüchtlingshelferinnen und –helfer für syrische Familienangehörige"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - L 13)
(Vorlage 1839/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1839/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3423.) "Einfluss der beantragten Insolvenz der Paracelsus-Kliniken auf die medizinische Versorgung im Land Bremen"
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 14)
(Vorlage 1823/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1823/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 3424.) "Gesundheitsgefährdung in Shisha-Bar"
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 15)
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 22.01.2018)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 22. Januar 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- Der letzte Absatz der Antwort auf Frage 2 wird wie folgt neu formuliert:

„Der Betreiber ist selbst dafür verantwortlich, dass die Räumlichkeiten und der Betrieb den Vorschriften entsprechen. Mit Blick auf diese erhöhte

Eigenverantwortung haben die beteiligten Behörden die genannten Hinweise zur CO-Gefahr öffentlich bekannt gemacht. Raumbezogene Anforderungen an Gaststättenbetriebe regelt das Baurecht, sofern sie vom Regelungsumfang der BremLBO erfasst sind. Eine Gaststättenerlaubnis ist nur beim Ausschank von alkoholischen Getränken notwendig und wird zudem seit 2009 personen- und nicht anlagenbezogen erteilt.“

- Der erste Satz des vorletzten Absatzes der Antwort auf Frage 3 wird ersatzlos gestrichen.

3425.) "Verteilung der Entlastungsstunden aus dem Handlungskonzept "Frühkindliche Bildung und Schule"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 16)
(Tischvorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 19.01.2018)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 19. Januar 2018 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

3426.) Benennung der Vertreterinnen und Vertreter des Senats für die Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 23. bis 25.01.2018

Beschluss:

Der Senat benennt für die Sitzung der Stadtbürgerschaft am 23. Januar 2018 Frau Senatorin Dr. Bogedan und Herrn Senator Dr. Lohse sowie für die Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) am 24. Januar 2018 vormittags Herrn Bürgermeister Dr. Sieling und Herrn Senator Mäurer und nachmittags Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt und Herrn Senator Günthner sowie am 25. Januar 2018 vormittags Frau Senatorin Dr. Bogedan und Herrn Senator Dr. Lohse und nachmittags Frau Bürgermeisterin Linnert

und Frau Senatorin Stahmann zu seinen allgemeinen Vertreterinnen und Vertretern.

3427.) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Senats am 16.01.2018

Beschluss:

Der Senat genehmigt die Niederschrift über seine Sitzung am 16. Januar 2018.

3428.) Bebauungsplan 2490 (Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 32)
für ein Gebiet im Bremen-Gröpelingen zwischen Reiherstraße und der Eisenbahnstrecke Bremen–Bremerhaven
(Bearbeitungsstand: 26.07.2016)
(Vorlage 1818/19)

Beschluss:

Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft zum Bericht an und beschließt, den Bebauungsplan 2490 entsprechend der Vorlage 1818/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.

3429.) Berufung von ehrenamtlichen Beisitzerinnen und Beisitzern nach dem Bremischen Personalvertretungsgesetz
(Vorlage 1819/19)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz“ im zweiten Satz nach dem Wort „Senatsvorlage“ die Worte „(ohne Anlage)“ ergänzt werden.
2. Der Senat beruft die in der Anlage zu dieser Vorlage genannten Personen für die Zeit vom 11. März 2018 bis zum 10. März 2023 zu ehrenamtlichen Beisitzerinnen und Beisitzern der Fachkammer und des

Fachsenats für die Personalvertretungssachen nach dem Bremischen Personalvertretungsgesetz.

3430.) "Schutzwesten für den Rettungsdienst"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1820/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1820/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderung zu:
 - In der Antwort auf Frage 1 werden nach dem Wort „oder“ die Worte „nach Schätzung der am Rettungsdienst Beteiligten Feuerwehren und Hilfsorganisationen“ eingefügt.
 - In der Antwort auf Frage 12 werden am Ende folgende Sätze ergänzt: „Ferner begrüßt der Senat den erweiterten strafrechtlichen Schutz der Rettungskräfte über den neuen § 115 Abs. 3 StGB. Wie sich diese Norm konkret auswirkt, wird in den nächsten Jahren genau zu beobachten sein.“
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3431.) "Einsätze der Bereitschaftspolizei in anderen Bundesländern"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1821/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 18.01.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 18. Januar 2018 der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der

CDU zu.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3432.) Vorstand des Kunstvereins in Bremen
Wahl von Vertreterinnen und Vertretern der Stadtgemeinde Bremen in den Vorstand
(Vorlage 1825/19)

Beschluss:

Der Senat benennt Herrn Nima Pirooznia als Nachfolger für Frau Dr. Kappert-Gonther als neuen Vertreter der Stadtgemeinde für den Vorstand des Kunstvereins in Bremen.

3433.) Investitionsförderung im Land Bremen
Fortschreibung des Landesinvestitionsförderprogramms (LIP 2014)
(Vorlage 1826/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1826/19 der Fortschreibung des LIP 2014 nach Maßgabe der in der Vorlage dargestellten Kriterien zum Stichtag 7. Februar 2018 für Anträge, die ab dem 7. Februar 2018 bewilligt werden, zu.
2. Der Senat stimmt dem Eingehen von Verpflichtungen für die Folgejahre 2019 bis 2021 für die Fortschreibung des LIP in Höhe von insgesamt 9,9 Mio. € zu.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die haushaltsrechtliche Absicherung der Maßnahme durch Beschlüsse der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und des Haushalts- und Finanzausschusses herbeizuführen.

3434.) Budget für Arbeit
Überführung des Modellprojektes in eine gesetzliche Regelleistung im Land
Bremen nach § 140 Abs. 2 Nr. 3 SGB XII i. V. m. § 61 SGB IX n.F. ab
01.01.2018
(Vorlage 1835/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 1835/19 den Bericht zum Verlauf des Modellvorhabens „Budget für Arbeit“ zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt der Vorlage und der Umsetzung gemäß der Rahmenrichtlinie zu.
3. Der Senat stimmt der vorgeschlagenen Überleitung des Modellvorhabens in eine gesetzliche Regelleistung nach Maßgabe der beigefügten Rahmenrichtlinie zu.
4. Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen wird gebeten, die für eine ggf. erforderliche Rücklagenentnahme benötigte Liquidität in seinem Ressorthaushalt bereitzustellen. Sollte im Rahmen des jeweiligen Halbjahres-Controllings des PPL 31 begründet dargelegt werden, dass die entsprechende Liquidität zum Jahresende nicht oder nicht in der erforderlichen Höhe innerhalb des PPL 31 darstellbar sein wird, wird die Senatorin für Finanzen gebeten, die Liquidität aus dem Gesamthaushalt bereitzustellen.
5. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen...“ im letzten Satz der Einschub: „ – nach ggf. erfolgter Gremienbefassung –, ersatzlos gestrichen wird.

3435.) "Wenn der Müllwerker am falschen Tag kommt..."
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 1836/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1836/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3436.) "Wie viele rechtsmissbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen gibt es in Bremen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1837/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1837/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf die Fragen 6 und 7 werden am Ende die folgenden Sätze eingefügt:

„Der erhebliche quantitative Unterschied der Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz zwischen den Stadtgemeinden erklärt sich im Wesentlichen durch den Sitz der zentralen Aufnahmestelle für unbegleitete Minderjährige in Bremen. In allen diesen Fällen wird ein Ermittlungsverfahren wegen unerlaubter Einreise eingeleitet. Darüber hinaus melden sich volljährige unerlaubt Eingereiste traditionell nur in Bremen. Auch hier wird im Zuge der erkennungsdienstlichen Behandlung in jedem der Fälle ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3437.) Entwurf eines Bremischen Ausführungsgesetzes zur EU-Datenschutz-Grundverordnung
(Vorlage 1841/19)

Beschluss:

Der Senat setzt die Beratung bis zum 30. Januar 2018 aus.

3438.) "Mensch und Biene – gemeinsam für eine lebenswerte Stadt?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 1843/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1843/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

- In der Antwort auf Frage 1 wird im dritten Absatz das Wort „Kleingartenpark“ durch das Wort „Kleingartengebiet“ ersetzt.
- Der letzte Satz der Antwort auf Frage 2 wird gestrichen und durch den folgenden Text ersetzt:

„Die Landwirtschaftskammer verfolgt grundsätzlich das Ziel, Betriebe des Erwerbsgartenbaus bei der Umstellung auf ökologische Produktion zu unterstützen. Allerdings gibt es nur wenige produzierende Gartenbaubetriebe in Bremen, von denen bisher einer das Bioland-Siegel führt. Im Rahmen ihrer Aufgaben bei der Ausbildung von Gärtnern aller Sparten kann die

Landwirtschaftskammer auf entsprechende Qualifikationen hinwirken. Gemeinsam mit dem Imkereiverband hat sich die Kammer auf Messen und Ausstellungen mit Themen des Bienenschutzes präsentiert.

Im Rahmen dieser vorgenannten Aufgaben und für weitere Projekte in diesem Sinne ist der Senat für eine engere Zusammenarbeit offen und erachtet diese als sinnvoll.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3439.) Aktionsplan 2025 – Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung (Vorlage 1844/19)

Beschluss:

Der Senat setzt die Beratung bis zum 6. Februar 2018 aus.

3440.) Mitantragstellung
Entschließung des Bundesrates: Anhebung des Ausbauziels Windenergie auf See
- Antrag des Landes Schleswig-Holstein -
(Vorlage 1845/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1845/19 die Mitantragstellung der von Schleswig-Holstein beim Bundesrat einzubringenden „Entschließung des Bundesrates: Anhebung des Ausbauziels Windenergie auf See“.

- 3441.) Beschäftigungsförderung im Handlungsfeld Sichere und saubere Stadt
"Perspektive Arbeit Saubere Stadt (Pass)"
(Vorlage 1846/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt das Konzept für die Beschäftigungsförderung im Handlungsfeld „Sichere und saubere Stadt“ im Programm Perspektive Arbeit Saubere Stadt (PASS) zur Kenntnis.
2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „B. Lösung“ der erste und zweite Satz des dritten Absatzes die folgende Fassung erhalten:

„Während in der Deputationsvorlage vom 13.12.2017 von einem rechnerischen Durchschnitt von 160 möglichen Plätzen ausgegangen wurde, ist aktuell geplant, – sollte es keine Kofinanzierung durch die Jobcenter geben – ca. 130 Stellen zu schaffen. Die genaue Anzahl wird sowohl von den Kofinanzierungsmöglichkeiten der Jobcenter als auch von den Tarifstrukturen der ArbeitgeberInnen abhängen.“

- 3442.) Mittelweserausbau, Beendigung des Verwaltungsabkommens zwischen dem Bund und Bremen
(Vorlage 1847/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis.
2. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen stimmt der nachfolgenden Vereinbarung zu:
Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und die Freie Hansestadt Bremen, vertreten durch den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, sehen die „Vorvereinbarung vom 30.April / 28.Mai 1982 für ein

Verwaltungsabkommen über die Anpassung der Mittelweser (Vorvereinbarung)“, das *„Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Freien Hansestadt Bremen über die Anpassung der Mittelweser vom 17.10./26.10.1988“* und das *„Verwaltungsabkommen zur Änderung des Verwaltungsabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Freien Hansestadt Bremen über die Anpassung der Mittelweser vom 17./26.Oktober 1988 vom 17.10.1997“* als erfüllt an. Die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, die sechs angekündigten Uferrückverlegung in den Stauhaltungen Drakenburg und Dörverden umzusetzen.

3. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, diesen Beschluss der Bremischen Bürgerschaft zur Kenntnis zu geben.

3443.) "Nepper, Schlepper, Bauernfänger aus Bremen, muss das sein?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 1848/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 23.01.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 23. Januar 2018 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.